Europäisches Steuerrecht

Musil / Weber-Grellet

2. Auflage 2022 ISBN 978-3-406-77808-7 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Musil/Weber-Grellet Europäisches Steuerrecht





Europäisches Steuerrecht

Kommentar

2. Auflage

Herausgegeben von

Prof. Dr. Andreas Musil †

Professor für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungs- und Steuerrecht an der Universität Potsdam





Zitiervorschlag:

Musil/Weber-Grellet/*Musil* AEUV Art. 45 Rn. 1 Musil/Weber-Grellet/*Weber-Grellet* AmtshilfeRL Art. 1 Rn. 1 Musil/Weber-Grellet/*Kempny* EStG § 3 Rn. 1



www.beck.de

ISBN 978 3406778087

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau

Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Verfasser

Carolin Becker Rechtsanwältin in Hamburg

Prof. Dr. Marc Desens

Professor für Öffentliches Recht, insb. Steuerrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht an der Universität Leipzig

Dr. Lars Dobratz

Abgeordneter Nationaler Sachverständiger bei der Europäischen Kommission Regierungsdirektor im Bundesministerium der Finanzen Referent am Gerichtshof der Europäischen Union a. D.

> Dr. Timo Hartman Richter am Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Prof. Dr. Markus Heintzen Professor für Staats-, Verwaltungs- und Steuerrecht an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M.
Professor für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht
an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Harald Jatzke
Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof
Prof. Dr. Simon Kempny, LL.M.
Professor für Öffentliches Recht und Steuerrecht an der Universität Bielefeld
Dr. Jan-Hendrik Kister

Vorsitzender Richter am Finanzgericht Münster

Prof. Dr. Steffen Lampert

Prof. Dr. Steffen Lampert
Professor für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht
an der Universität Osnabrück

Prof. Dr. Matthias Loose Richter am Bundesfinanzhof

Prof. Dr. Andreas Musil †

Professor für Öffentliches Recht, insb. Verwaltungs- und Steuerrecht an der Universität Potsdam

> Dr. Ingo Oellerich Richter am Finanzgericht Münster

Prof. Dr. Tibor Schober
Richter am Finanzgericht Berlin-Brandenburg

Dr. Jens Steinmüller, LL.M. Rechtsanwalt in Berlin

Prof. Dr. Heinrich Weber-Grellet Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof a. D.

Im Einzelnen haben bearbeitet:

Carolin Becker §§ 7-13 AStG

Prof. Dr. Marc Desens GewSt Einführung, §§ 2, 7, 7b, 8 Nr. 1, 8

Nr. 5, 9 GewStG, UmwStG Einführung, §§ 1, 2, 3, 4, 11, 12, 13, 15, 20, 21, 22, 24

UmwStG

Art. 107, 108 AEUV Dr. Lars Dobratz

Dr. Timo Hartman Mehrwertsteuer-System-RL, UStG Einfüh-

rung, §§ 1, 1a, 2, 2b, 3, 3a, 4 Nr. 8, 4 Nr. 12, 4 Nr. 14, 4 Nr. 16, 4 Nr. 18, 4 Nr. 21, 4

Nr. 22, 10, 15, 17, 25, 25f UStG

Prof. Dr. Markus Heintzen § 5 KStG, AO Einführung, §§ 42, 51, 80

Abs. 5 aF, 90, 123, 130, 138a, 138d, 146, 160,

162, 163, 172, 174, 175 AO

Prof. Dr. Lars Hummel, LL.M. AStG Einführung, §§ 1, 1a AStG

Prof. Dr. Harald Jatzke Sekundäres Verbrauchsteuerrecht, Weitere Verbrauch- und Verkehrssteuergesetze

EStG Einführung, $\S\S3$, 3a, 3c, 10, 10b, 10d,

Prof. Dr. Simon Kempny, LL.M. 34a, 34c, 35a, 48-48d, 51, 95 EStG

Dr. Jan-Hendrik Kister \S 2a, 6, 6b, 7, 7g, 16, 17, 32b, 36, 43, 43b, 44a, 50i EStG, § 33, 34 (2002) KStG

§§ 2, 4, 6 AStG Prof. Dr. Steffen Lamper

Prof. Dr. Matthias Loose § 16 ErbStG, § 6a GrEStG

Prof. Dr. Andreas Musil † Einführung, Art. 18, 21, 34ff., 45ff., 49ff.,

63, 64, 65 AEUV, Fusions-RL, Zinsen-

Lizenzgebühren-RL, ATAD

§§ 1, 1a, 4, 4g, 4h, 4i, 4j, 4k, 49, 50, 50a, 50d Abs. 3, 50d Abs. 9, 50d Abs. 10, 62, 64,

65 EStG, §§ 8, 12, 27 KStG

Prof. Dr. Tibor Schober KStG Einführung, §§ 8b, 8c, 8d, 14, 15, 17

KStG

Dr. Jens Steinmüller, LL.M. InvStG Einführung, §§ 6, 11 InvStG (2004)

Prof. Dr. Heinrich Weber-Grellet Art. 6, 19 EUV, Art. 56, 57, 110, 111, 112,

113, 114, 115, 116–118, 257, 258, 267, 270, 281 AEUV, Mutter-Tochter-RL, SchiedsU, Streitbeilegungs-RL, Amtshilfe-RL, Zusammenarbeitsverordnungen, Beitreibungs-RL

Dr. Ingo Oellerich

Vorwort zur 2. Auflage

Verehrte Leserinnen und Leser.

das Europäische Steuerrecht umfasst alle steuerrechtsbezogenen Vorschriften des Europäischen Unionsrechts sowie die Normen des nationalen Steuerrechts, die Europarechtsbezug aufweisen. Im ersten Teil unseres Werks wird das steuerrechtsrelevante Primär- und Sekundärrecht (insbesondere EUV, AEUV und die Richtlinien) kommentiert, im 2. bis 4. Teil werden die Auswirkungen des EU-Rechts auf das nationale Recht (auf die direkten und die indirekten Steuern und auf das Verfahrensrecht) erläutert.

Die 1. Auflage ist von dem Adressatenkreis des Werkes sehr freundlich aufgenommen worden; der Versuch, mit dieser komprimierten Gesamtdarstellung des europäischen Steuerrechts etwas Neues zu wagen, hat sich gelohnt (Tappe, DStR 29/2019). Die dynamische Entwicklung dieses Rechtsgebiets machte bereits nach drei Jahren eine Überarbeitung und Aktualisierung des Werkes erforderlich. In der nunmehr vorgelegten 2. Auflage wurde das bewährte Konzept der Vorauflage beibehalten.

Das europäische Steuerrecht gleicht noch immer einer Großbaustelle, auf der an vielen Stellen gleichzeitig gearbeitet wird. Ganz im Vordergrund der Entwicklungen im Sekundärrecht stehen Regelungen zur Missbrauchsverhinderung und zur (ergänzenden) Amtshilfe. Wesentliche Stichworte sind BEPS, ATAD und DAC. So nimmt das Anti-BEPS-Umsetzungsgesetz die Änderungen der EU-Amtshilfe-Richtlinie auf und trifft weitere Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen, insb. durch die Ausweitung von Dokumentationspflichten, die Datenerhebung, den automatischen Datenaustausch, die Änderung des Finanzkonten-Informationsaustauschgesetzes und die Versagung der KapESt-Entlastung. Das ATAD-Umsetzungsgesetz enthält u. a. eine Neuregelung zur Vermeidung hybrider Gestaltungen und zur Wegzugsbesteuerung. Die DAC-Richtlinie schließlich regelt die grenzüberschreitende Amtshilfe und einen verpflichtenden Informationsaustausch zur Missbrauchsvermeidung.

Am 17. Juni diesen Jahres ist Prof. Dr. Andreas Musil verstorben. Er war von Anfang an an der Entstehung und Umsetzung dieses Werkes beteiligt und hat ganz maßgeblichen Einfluss auf die Konzeption dieses Werkes und seine inhaltliche Ausgestaltung genommen – vor allem als Herausgeber, aber auch als Autor der von ihm verfassten Texte. Er war die (an-)treibende Kraft – bei der Gewinnung der Autoren, bei der (handwerklichen) Durchführung des Projekts, bei der Abstimmung und Zusammenführung der einzelnen Teile. Ohne sein Engagement in der Sache und seine überaus freundliche, verbindliche und gewinnende Art bei der Einbindung der Autoren in das Projekt wäre dieser Kommentar kaum zustande bekommen. Das gilt auch für die nunmehr vorgelegte 2. Auflage. Prof. Musil hat trotz seiner schweren Krankheit an allen Arbeitsschritten noch intensiv mitgewirkt, selbst am Vorwort und an den (Autoren-)Korrekturen. Sein Verlust trifft uns hart und unvorbereitet, er wird uns sehr fehlen. Autoren und Verlag werden versuchen, das Werk in seinem Sinne fortzusetzen.

Auf besonderen Wunsch von Prof. Musil ist diese Auflage dem Andenken an Dieter Birk (gest. 30. Mai 2021) gewidmet, der das Werk angeregt und dessen Ent-

Vorwort zur 2. Auflage

stehung in jeder Hinsicht unterstützt und gefördert hatte. Die besondere Beziehung zwischen Prof. Musil und Prof. Birk kommt auch darin zum Ausdruck, dass Prof. Musil noch am 30. Mai 2022 an dem Gedächtnissymposium für Prof. Birk an der Humboldt-Universität auf dem Podium zum Thema "Der Leistungsfähigkeitsgedanke und die Entstrickung im Spiegel der europäischen Freizügigkeitsrechte" mitgewirkt hatte.

Unser spezieller Dank gilt unserem Lektor, Herrn Franz Greiling und den Mitarbeitern des Verlags für die überaus angenehme Zusammenarbeit und die ganz ausgezeichnete Betreuung unseres Werks.

Wir hoffen sehr, dass auch die 2. Auflage das Wohlwollen und den Zuspruch der Leserschaft finden wird. Hinweise und Anregungen nehmen wir dankbar auf; sie dienen der kritischen Reflexion und der weiteren Qualitätsverbesserung.

August 2022

Herausgeber und Verfasser



Vorwort 1. Auflage 2018

Verehrte Leserinnen und Leser.

wie bereits Ludwig Schmidt 1982 im Vorwort zur 1. Auflage des EStG-Kommentars feststellte: Die Verwegenheit, dem geneigten Publikum einen neuen Kommentar anzubieten – und dann noch einen zum Europäischen Steuerrecht – lässt sich rational kaum erklären, am ehesten vielleicht noch aus dem eigenen Wunsch nach einer auf praktische Bedürfnisse konzentrierten, aber gleichwohl möglichst umfassenden, aktuellen und einsichtigen Erläuterung.

Der vorliegende Kommentar ist mit "Europäisches Steuerrecht" überschrieben. Vor 25 Jahren wäre angesichts dieses Titels gefragt worden, ob es ein solches Rechtsgebiet überhaupt gebe. Diese Frage dürfte nicht mehr zu stellen sein. Mittlerweile ist das Europäische Steuerrecht zum etablierten Fachgebiet innerhalb der Steuerrechtswissenschaft geworden, das mehr und mehr Eingang in die Lehre findet. Eine steigende Anzahl von Publikationen mit diesem Titel legen Zeugnis von der wachsenden Bedeutung des Europäischen Steuerrechts ab.

Aber warum ein Kommentar? Das Europäische Steuerrecht wird gerade nicht durch eine abgeschlossene Kodifikation oder einen scharf abgrenzbaren Bestand an Normen definiert. Vielmehr ist der Gegenstand des Europäischen Steuerrechts zerklüftet. Zu ihm zählen alle steuerrechtsbezogenen Vorschriften des Europäischen Unionsrechts sowie alle Normen des nationalen Steuerrechts, die einen Europarechtsbezug aufweisen. Unter wissenschaftlichen Prämissen lässt die Heterogenität der Materie eine Ordnung und Systematisierung des Normbestandes und dessen komprimierte Aufarbeitung angezeigt erscheinen. Andererseits sucht der Praktiker und Rechtsanwender nicht handbuchartige Übersichten, sondern erwartet konkrete normbezogene Lösungsangebote.

Dem möchte das vorliegende Werk Rechnung tragen. Es ist ein Kommentar im besten Sinne. Alle Informationen werden strikt norm- und tatbestandsbezogen dargeboten; die Darstellung folgt einem einheitlichen Kommentierungskonzept. Das einheitliche Konzept bildet gleichzeitig die Klammer für das (gesamte) heterogene Normmaterial, das europäische Primärrecht, das europäische Sekundärrecht und das betroffene nationale Steuerrecht. Wir hoffen, dass es gelungen ist, Ihnen leicht auffindbare Informationen zu den auftretenden Problemfällen zu liefern und dabei wissenschaftlichen Standards zu genügen.

Ganz herzlich danken wir Dieter Birk, der das Werk angeregt und in der Entstehung begleitet hat. Weiterhin danken wir Frau Hannah Bittner, die das Werk zunächst als Lektorin betreut hat, sowie unserem jetzigen Lektor, Herrn Franz Greiling, für die hervorragende Betreuung und Umsetzung des anspruchsvollen Projekts. Nicht zuletzt danken wir dem Verlag C.H. Beck und dem Verlagsteam für die sehr gute Zusammenarbeit.

Für Hinweise und Anregungen aus der Leserschaft sind wir stets dankbar. Wir hoffen, dass das Werk einen festen Platz im Kreis der Kommentare zum Steuerrecht finden wird.

Im Dezember 2018 Die Verfasser



Verfasser V Es haben bearbeitet VI
Vorwort zur 2. Auflage VII
Vorwort 1. Auflage 2018
Inhaltsverzeichnis
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis
1. Teil: Grundlagen des Europäischen Steuerrechts
Einführung
I. Kommentierungskonzept
II. Grundlagen des Europäischen Steuerrechts
III. Steuerliches Primärrecht und steuerliches Sekundärrecht
IV. Die Grundfreiheiten als Maßstäbe nationaler Steuernormen
V. Das Beihilfenverbot als Schranke selektiv begünstigender Steuernormen 29
VI. Sekundärrecht und Harmonisierung
VII. Verfahrensrecht und Rechtsschutz
Art. 6 EUV [Grundrechte-Charta und EMRK]
Art. 19 EUV [Europäischer Gerichtshof]
C. Art. 18ff. AEUV (Unionsbürgerschaft, allg. Diskriminierungsverbot)
Art. 18 AEUV [Diskriminierungsverbot] 61
Art. 21 AEUV [Freizügigkeit]
D. Art. 34ff. AEUV (Warenverkehrsfreiheit)
Art. 34 AEUV [Verbot von Einfuhrbeschränkungen]
E. Art. 45ff. AEUV (Arbeitnehmerfreizügigkeit)
Art. 45 AEUV [Freizügigkeit der Arbeitnehmer]
F. Art. 49ff. AEUV (Niederlassungsfreiheit)
Art. 49 AEUV [Niederlassungsfreiheit]
G. Art. 56ff. AEUV (Dienstleistungsfreiheit)
Art. 56 AEUV [Dienstleistungsfreiheit]
Art. 57 AEUV [Dienstleistungen]

H. Art. 63ff. AEUV (Kapitalverkehrsfreiheit)	
Art. 63 AEUV [Freier Kapital- und Zahlungsverkehr]	155
Art. 64 AEUV [Ausnahmen im Kapitalverkehr mit Drittstaaten]	181
Art. 65 AEUV [Nationale Beschränkungen]	186
I. Art. 107ff. AEUV (Staatliche Beihilfen)	
Art. 107 II. AEG V (Gaautitie Beininen) Art. 107 AEUV [Beihilfeverbot; Ausnahmen]	193
Art. 108 AEUV [Beihilfeaufsicht]	230
Art. 100 AEO ([Beililleadistent]	230
J. Art. 110ff. AEUV (Steuerliche Vorschriften)	
Art. 110 AEUV [Diskriminierungs- und Protektionsverbot]	251
Art. 111 AEUV [Privilegierungsverbot für Rückvergütungen]	258
Art. 112 AEUV [Kompensationsverbot unter Genehmigungsvorbehalt]	260
K. Art. 113 AEUV (Kompetenz für indirekte Steuern)	
Art. 113 AEUV [Harmonisierung der indirekten Steuern]	263
Art. 114 AEUV [Rechtsangleichung im Binnenmarkt]	271
1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1. 1	_, _
L. Art. 115 AEUV (Kompetenz für direkte Steuern)	
Art. 115 AEUV [Nationales Recht mit unmittelbarer Auswirkung auf den	
Binnenmarkt; Rechtsangleichung]	275
Art. 116–118 AEUV []	281
M Art 2516 APLIN (Conjubrate of the Property States of the University	
M. Art. 251ff. AEUV (Gerichtshof der Europäischen Union) Art. 251–281 AEUV [Gerichtshof der Europäischen Union]	283
Art. 257 AEUV [Fachgerichte]	283 285
Art. 258 AEUV [Vertragsverletzungsverfahren]	286
Art. 267 AEUV [Vorabentscheidungsverfahren]	295
Art. 270 ABOV [Dienstrechtliche Streingkeiten]	293
Art. 201 AEOV [Satzung]	291
Sekundärrecht	
A. Mehrwertsteuer-System-RL (Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom	
28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem)	
Art. 1 [Gemeinsames Mehrwertsteuersystem]	303
Art. 2 [Steueranwendungsbereich]	303
B. Sekundäres Verbrauchsteuerrecht	
I. Verbrauchsteuer-System-RL (Richtlinie 2020/262/EU des Rates vom 19.12.2019	
zur Festlegung des allgemeinen Verbrauchsteuersystems)	313
II. Energiesteuer-RL (Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27.10.2003 zur	
Restrukturierung der gemeinschaftlichen Rahmenvorschriften zur Besteuerung	
von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom)	318

111.	Alkoholsteuer-Struktur-RL und Alkoholsteuersatz-RL (Richtlinie 92/83/EWG des Rates vom 19.10.1992 zur Harmonisierung der Struktur der Verbrauchsteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke) und (Richtlinie 92/84/EWG des Rates	
	vom 31.10.1992 über die Annäherung der Verbrauchsteuersätze auf Alkohol und	
	alkoholische Getränke)	323
IV.	Tabaksteuer-RL (Richtlinie 2011/64/EU des Rates vom 21.6.2011 über die	
	Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren)	327
V.	EMCS-DVO (Verordnung (EG) Nr. 684/2009 der Kommission vom 24.7.2009	
	zur Durchführung der Richtlinie 2008/118/EG des Rates in Bezug auf die EDV-	
	gestützten Verfahren für die Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren unter	
	Steueraussetzung)	330
VI.	EMCS - Zusammenarbeit- und Informationsaustausch-VO und Verbrauchsteuer-	
	Zusammenarbeit-VO (Durchführungsverordnung (EU) 2016/323 der Kommission	
	vom 24.2.2016 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen über die Zusam-	
	menarbeit und den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten bezüglich	
	der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren unter Steueraussetzung gemäß	
	der Verordnung (EU) Nr. 389/2012 des Rates) und (Verordnung (EU) Nr. 389/2012 des Rates vom 2.5.2012 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf	
	dem Gebiet der Verbrauchsteuern und zur Aufhebung der Verordnung (EG)	
	Nr. 2073/2004)	331
1711	Alkohol-Denaturierungsverfahren-VO (Verordnung (EG) Nr. 3199/93 der	551
V 11.	Kommission vom 22.11.1993 über die gegenseitige Anerkennung der Verfahren	
	zur vollständigen Denaturierung von Alkohol für Zwecke der	
	Verbrauchsteuerbefreiung)	331
	hacil chan da	
	Mutter-Tochter-RL (Richtlinie 2011/96/EU des Rates vom 30.11.2011	
	über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften	
	verschiedener Mitgliedstaaten (Neufassung))	
Vor A	Art D Einführung () C. H. B.U. C. H. H.A.N.D.L.U.N.G.	333
Art.	[Anwendungsbereich]	343
Art. 2	2 [Begriffsbestimmungen]	346
Art. 3	3 [Muttergesellschaft, Tochtergesellschaft]	349
Art.	4 [Besteuerungsgrundsätze]	350
Art. 5	5 [Steuerabzug an der Quelle]	354
Art. 6	6 [Ausschluss des Steuerabzugs]	356
Art.	7 [Abgrenzungsvorschriften]	356
Art. 8	S [Umsetzungsfrist]	357
Art.		357
Art.		357
Art.	,	357

	gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, Abspaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen, die Gesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten betreffen, sowie für die Verlegung des Sitzes einer Europäischen Gesellschaft oder einer Europäischen Genossenschaft von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat)	
Vor	Art. 1 Fusions-RL Einführung	360
	Kapitel I. Allgemeine Vorschriften	260
Art.		369
Art.		370
Art.	3 [Definition der Gesellschaft]	376
]	Kapitel II. Regeln für Fusionen, Spaltungen, Abspaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen	
Art.	4 [Auslösen der Besteuerung des Veräußerungsgewinns]	377
Art.	5 [Ausweisen der Rückstellungen]	381
Art.		381
Art.	7 [Besteuerung der Wertsteigerungen]	382
Art.		383
Art.		387
Art.	Kapitel III. Sonderfall der Einbringung einer Betriebsstätte 10 [Einbringung einer Betriebsstätte]	387
	Kapitel IV. Sonderfall steuerlich transparenter Gesellschaften	
Art.	11 [Steuerlich transparente Gesellschaften]	390
Art.	12 [Besteuerung bei Sitzverlegung]	391
Art.	13 [Rückstellungen bei Sitzverlegung]	393
Art.	14 [Gesellschafterbesteuerung bei Sitzverlegung]	394
	Kapitel VI. Schlussbestimmungen	
Art.	15 [Anwendungsvorbehalte]	395
Art.	16 [Bericht der Mitgliedstaaten]	401
	17 [Aufhebung der Richtlinie 90/434/EWG; Bezugnahmen]	401
Art.	18 [Inkrafttreten]	401
Art.	19 [Adressaten]	401
	Zinsen-Lizenzgebühren-RL (RL 2003/49/EG des Rates vom 3.6.2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten)	
Vor	Art. 1 ZiLiRL Einführung	403
	1 Anwendungsbereich und Verfahren	405

	Bestimmung der Begriffe "Zinsen" und "Lizenzgebühren" 41	. 1
Art. 3	Bestimmung der Begriffe "Unternehmen", "verbundenes Unternehmen" und "Betriebsstätte"	. 1
Art. 4	Ausschluss von Zahlungen als Zinsen oder Lizenzgebühren 41	4
Art. 5	Betrug und Missbrauch	.5
	11 Übergangs- und Schlussbestimmungen	7
F. AT	AD (RL 2016/1164/EU des Rates vom 12.7.2016 mit Vorschriften zur	
	kämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren	
	swirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts)	
Vor Art	t. 1 ATAD Einführung	:0
	Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 1	Anwendungsbereich	:6
Art. 2	Begriffsbestimmungen	27
Art. 3	Mindestschutzniveau	5
	Kapitel II. Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung	
Art. 4	Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen	6
Art. 5	Übertragung von Vermögenswerten und Wegzugsbesteuerung	2
Art. 6	Allgemeine Vorschrift zur Verhinderung von Missbrauch	0
Art. 7	Vorschrift für beherrschte ausländische Unternehmen	4
Art. 8	Berechnung der Einkünfte eines beherrschten ausländischen Unternehmens 45	9
Art. 9	Hybride Gestaltungen	1
Art. 9a	Hybride Gestaltungen	6
Art. 9b		7
A 10	Überprüfung	
	Umsetzung	
	Inkrafttreten	
Art. 13	Adressaten	U
	hiedsÜ (Übereinkommen 90/436/EWG über die Beseitigung der	
	oppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen rbundenen Unternehmen; auch EU-Schiedskonvention)	
	Kapitel I. Anwendungsbereich des Übereinkommens	
Art. 1	[Anwendung]	1
Art. 2	[Geltung]	1
	Kapitel II. Allgemeine Vorschriften	
	Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen	
Art. 3	[Zuständigkeit]	6

A	bschnitt 2. Grundsätze für die Gewinnberichtigung zwischen verbundenen	
	Unternehmen und für die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne	
Art. 4	[Anwendungsgrundsätze]	476
Art. 5	[Unterrichtung]	477
	Abschnitt 3. Verständigungsverfahren und Schlichtungsverfahren	
Art. 6	[Verständigungsverfahren]	479
Art. 7	[Schlichtungsverfahren]	480
Art. 8	[Gerichts- oder Verwaltungsverfahren]	480
Art. 9	[Beratender Ausschuß]	481
Art. 10	[Befugnisse des Beratenden Ausschußes]	482
Art. 11	[Stellungnahme des Beratenden Ausschußes]	483
Art. 12	[Entscheidung der zuständigen Behörde]	483
Art. 13	[Verfahrensinanspruchnahme]	483
Art. 14	[Beseitigungsvoraussetzungen]	483
	Kapitel III. Schlußbestimmungen	
Art. 15	[Weitergehende Verpflichtungen]	487
Art. 16	[Geltungsbereich]	487
Art. 17	[Ratifizierung]	487
Art. 18	[Inkrafttreten]	487
Art. 19	[Notifizierung]	488
Art. 20	[Geltungsdauer]	488
Art. 21	[Revision] \dots	488
Art. 22	[Sprachfassungen]	488
	eitbeilegungs-RL (Richtlinie 2017/1852/EU des Rates vom 10.10.2017	
	er Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der ropäischen Union)	
Art. 1	Gegenstand und Anwendungsbereich	491
Art. 2	Begriffsbestimmungen	492
Art. 3	Beschwerde	493
Art. 4	Verständigungsverfahren	496
Art. 5	Entscheidung der zuständigen Behörde über die Beschwerde	497
Art. 6	Streitbeilegung durch den Beratenden Ausschuss	498
Art. 7	Benennungen durch zuständige Gerichte oder einzelstaatliche benennende	499
A O	Stellen	
Art. 8	Der Beratende Ausschuss	500
Art. 9	Die Liste der unabhängigen Personen	501
Art. 10	Der Ausschuss für alternative Streitbeilegung	502
Art. 11	Geschäftsordnung	503
	Kosten des Verfahrens	504
Art. 13	Information, Nachweise und Anhörung	505
Art. 14	Stellungnahme des Beratenden Ausschusses oder des Ausschusses für alternative Streitbeilegung	506
Art 15	Abschließende Entscheidung	506

Art. 16	Wechselwirkung mit nationalen Verfahren und Ausnahmen	507
Art. 17	Sonderbestimmungen für natürliche Personen und kleinere Unternehmen	509
Art. 18	Bekanntmachung	509
Art. 19	Rolle der Kommission und Verwaltungsunterstützung	510
Art. 20	Ausschussverfahren	510
		512
Art. 22	Umsetzung	512
Art. 23	Inkrafttreten	512
Art. 24	Adressaten	512
	tshilfe-RL (Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15.2.2011 über die	
	ammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung	
	zur Aufhebung der Richtlinie 77/799/EWG)	E4.5
vor Art.	1 Amtshilfe-RL Einführung	515
	Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 1	Gegenstand	534
Art. 2	Geltungsbereich	535
Art. 3	Begriffsbestimmungen	536
Art. 4	Organisation	543
	Water I W. To Comparison of the Parison of the Pari	
	Kapitel II. Informationsaustausch	
	Abschnitt I. Informationsaustausch auf Ersuchen	
Art. 5	Verfahren für den Informationsaustausch auf Ersuchen	545
Art. 5a		545
Art. 6	Behördliche Ermittlungen	546
Art. 7	DIE FACHBUCHHANDLUNG	546
A	bschnitt II. Verpflichtender automatischer Informationsaustausch	
Art. 8	Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informa-	
	tionsaustauschs	547
Art. 8a	Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informa-	
	tionsaustauschs über grenzüberschreitende Vorbescheide und Vorabverständi-	
	gungen über die Verrechnungspreisgestaltung	550
Art. 8aa	Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informa-	
	tionsaustauschs über den länderbezogenen Bericht	553
Art. 8ab	Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Informa-	
	tionsaustauschs über meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltungen \ldots	554
Art. 8ac	Umfang und Voraussetzungen des verpflichtenden automatischen Austauschs	
	der von PLATTFORMBETREIBERN gemeldeten Informationen	558
Art. 8b	Statistiken zum automatischen Informationsaustausch	562
	Abschnitt III. Spontaner Informationsaustausch	
Art. 9		567
Art. 10	Fristen	568

Kapitel III. Sonstige Formen der Verwaltungszusammenarbeit Art. 11–31 []	569
The II or []	507
Anhang	
$\label{eq:continuous} Anhang I/II (ergänzende) Melde- und Sorgfaltsvorschriften für Informationen über Finanzkonten$	
Anhang V Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten, Meldepflichten und sonstig Vorschriften für Plattformbetreiber	
J. Zusammenarbeitsverordnungen	
I. Vorbemerkung	573
II. Zusammenarbeits-VO – MwSt (VO (EU) Nr. 904/2010 des Rates v. 7.10.2010 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer)	_
III. Zusammenarbeits-VO – Verbrauchsteuern (VO (EU) Nr. 389/2012 des Rates v.	
2.5.2012 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet de Verbrauchsteuern und zur Aufhebung von VO (EG) Nr. 2073/2004)	
K. Beitreibungs-RL (Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16.3.2010 über d Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen)	die
Steuern, riogaven und sonstige maintainen)	
Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand	595 595 598
Art. 5 Auskunftsersuchen	599
Art. 6 Erteilung von Auskünften ohne vorheriges Ersuchen	
Art. 7 Anwesenheit in den Amtsräumen der Behörden und Teilnahme an behördlich Ermittlungen	nen 601
Kapitel III. Amtshilfe bei der Zustellung von Dokumenten	
Art. 8 Ersuchen um Zustellung bestimmter Dokumente im Zusammenhang mit Forderungen	
Art. 9 Art und Weise der Zustellung	604
Kapitel IV. Beitreibungs- oder Sicherungsmaßnahmen	
Art. 10 Beitreibungsersuchen	606
Art. 11 Voraussetzungen für ein Beitreibungsersuchen	
Art. 12 Vollstreckungstitel für die Vollstreckung im ersuchten Mitgliedstaat und ander	
begleitende Dokumente	609
Art. 13 Erledigung eines Beitreibungsersuchens	
Art. 14 Streitigkeiten	614

Art. 15	Änderung oder Rücknahme des Ersuchens um Amtshilfe bei der Beitreibung	617
Art. 16	Ersuchen um Sicherungsmaßnahmen	618
Art. 17	Vorschriften für das Ersuchen um Sicherungsmaßnahmen	618
Art. 18	Grenzen der Verpflichtungen der ersuchten Behörde	619
Art. 19	Fragen der Verjährung	621
Art. 20	Kosten	621
	Kapitel V. Allgemeine Vorschriften für alle Arten von Amtshilfeersuchen	
Art. 21	–23 []	622
	Kapitel VI. Schlussbestimmungen	
Art. 24	Anwendung anderer Amtshilfeabkommen	622
	Ausschuss	623
	Durchführungsbestimmungen	623
	Berichte	624
Art. 28	Umsetzung	624
	Aufhebung der Richtlinie 2008/55/EG	624
	Inkrafttreten	625
	Adressaten	625
	2. Teil: Auswirkungen des EU-Rechts auf direkte Steuern	
	Einkommensteuergesetz (EStG)	
Vor ES		627
§ 1	tG Einführung	632
§ 1a	[Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht von EU- und EWR-Familienangehörigen]	642
§ 2a	Negative Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten	653
§ 3	[Steuerfreie Einnahmen] . D.U	679
§ 3a	Sanierungserträge	694
§ 3c	Anteilige Abzüge	710
§ 4	Gewinnbegriff im Allgemeinen	721
§ 4g	Bildung eines Ausgleichspostens bei Entnahme nach § 4 Absatz 1 Satz 3	735
§ 4h	Betriebsausgabenabzug für Zinsaufwendungen (Zinsschranke)	746
§ 4i	Sonderbetriebsausgabenabzug bei Vorgängen mit Auslandsbezug	756
§ 4i	Aufwendungen für Rechteüberlassungen	762
§ 4k	Betriebsausgabenabzug bei Besteuerungsinkongruenzen	771
§ 6	Bewertung	775
§ 6b	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter	784
§ 7	Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung	796
§7g	Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und	
3 / 8	mittlerer Betriebe	802
§ 10	[Sonderausgaben]	810
§ 10b	Steuerbegünstigte Zwecke	825
§ 10d	Verlustabzug	833
§ 16	Veräußerung des Betriebs	839
4 10		

§ 17	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften
§ 32b	Progressionsvorbehalt
§ 34a	Begünstigung der nicht entnommenen Gewinne
§ 34c	[Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften] 874
§ 35a	Steuerermäßigung bei Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhält-
	nisse, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen 896
§ 36	Entstehung und Tilgung der Einkommensteuer
§ 43	Kapitalerträge mit Steuerabzug
§ 43b	Bemessung der Kapitalertragsteuer bei bestimmten Gesellschaften 939
§ 44a	Abstandnahme vom Steuerabzug
§ 48	Steuerabzug
§ 48a	Verfahren
§ 48b	Freistellungsbescheinigung
§ 48c	Anrechnung
§ 48d	Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen 951
§ 49	Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte
§ 50	Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige
§ 50a	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen
§ 50d <i>l</i>	Abs. 3 [Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung] 985
§ 50d A	Abs. 9 [Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung] 999
§ 50d A	Abs. 10 [Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung] 1006
§ 50i	Besteuerung bestimmter Einkünfte und Anwendung von Doppelbesteuerungs-
	abkommen
§ 51	Ermächtigungen
§ 62	Anspruchsberechtigte
§ 64	Zusammentreffen mehrerer Ansprüche
§ 65	Andere Leistungen für Kinder
§ 95 📙	Sonderfälle der Rückzahlung
	Körperschaftsteuergesetz (KStG)
Vor KS	tG Einführung
§ 5	Befreiungen
§ 8	Ermittlung des Einkommens
§ 8b	Beteiligung an anderen Körperschaften und Personenvereinigungen 1083
§ 8c	Verlustabzug bei Körperschaften
§ 8d	Fortführungsgebundener Verlustvortrag
§ 12	Entstrickungs- und Wegzugsbesteuerung
§ 14	$Aktiengesellschaft \ oder \ Kommanditgesellschaft \ auf \ Aktien \ als \ Organgesellschaft \ . \ . \ 1178 \ and $
§ 15	Ermittlung des Einkommens bei Organschaft
§ 17	Andere Kapitalgesellschaften als Organgesellschaft
§ 27	Nicht in das Nennkapital geleistete Einlagen
§ 33	Ermächtigungen (bis 30.6.2021)
§ 34 (2 ^e	002) Schlussvorschriften

Gewerbesteuergesetz	(GewStG)
---------------------	----------

Vor Ge	ewStG Einführung	. 1283
§ 2	Steuergegenstand	. 1291
§ 7	Gewerbeertrag	. 1331
§ 7b	Sonderregelung bei der Ermittlung des Gewerbeertrags bei unternehmens-	
	bezogener Sanierung	. 1336
§ 8 Nr.	.1 Hinzurechnungen	. 1348
§ 8 Nr.	.5 Hinzurechnungen	. 1357
§ 9	Kürzungen	. 1375
	Umwandlungssteuergesetz (UmwStG)	
Vor U1	mwStG Einführung	
§ 1	Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	. 1409
§ 2	Steuerliche Rückwirkung	
§3	Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft .	. 1445
§ 4	Auswirkungen auf den Gewinn des übernehmenden Rechtsträgers	. 1459
§ 11	Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft .	. 1470
§ 12	Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Körperschaft	. 1484
§ 13	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Körperschaft	. 1490
§ 15	Aufspaltung, Abspaltung und Teilübertragung auf andere Körperschaften	. 1502
§ 20	Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft oder Genos-	
	senschaft	. 1522
§ 21	Bewertung der Anteile beim Anteilstausch	. 1539
§ 22	Bewertung der Anteile beim Anteilstausch	. 1554
§ 24	Einbringung von Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft	. 1566
Vor AS	StG Einführung	_ _ _ 1579
§ 1	Berichtigung von Einkünften	. 1581
§ 1a	Preisanpassungsklausel	. 1585
§ 2	Einkommensteuer	. 1610
§ 4	Erbschaftsteuer	. 1622
§ 6	Besteuerung des Vermögenszuwachses	. 1626
§ 7	Beteiligung an ausländischer Zwischengesellschaft	. 1660
§ 8	Einkünfte von Zwischengesellschaften	. 1661
§ 9	Freigrenze bei gemischten Einkünften	. 1664
§ 10	Hinzurechnungsbetrag	
§ 11	Kürzungsbetrag bei Beteiligung an ausländischer Gesellschaft	. 1666
§ 12	Steueranrechnung	. 1667
§ 13	Beteiligung an Kapitalanlagegesellschaften	. 1667
	Investmentsteuergesetz (InvStG)	
Vor Inv	vStG Einführung	. 1715
§ 6	Besteuerung bei fehlender Bekanntmachung	. 1729

§ 11	Steuerbefreiung und Außenprüfung	1751
	Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	
§ 16	Freibeträge	1775
	Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG)	
§ 6a	Steuervergünstigung bei Umstrukturierungen im Konzern	1783
	3. Teil: Auswirkungen des EU-Rechts auf indirekte Steuern	
	Umsatzsteuergesetz (UStG) und Mehrwertsteuersystemrichtlinie	
Vor U	StG Einführung	1791
§ 1	Steuerbare Umsätze	1798
§ 1a	Innergemeinschaftlicher Erwerb	
§ 2	Unternehmer, Unternehmen	
§ 2b	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	
§ 3	Lieferung, sonstige Leistung	
§ 3a	Ort der sonstigen Leistung	
§ 4	Steuerbefreiungen bei Lieferungen und sonstigen Leistungen	
§ 4 Nı		
	r. 12 [Vermietung und Verpachtung]	
§ 4 N1	r. 14 [Heil- und Krankenhausbehandlungen]	1966
§ 4 N1	r. 16 [Betreuungs- und Pflegeleistungen]	1989
	r. 18 [Sozialfürsorge]	
	r. 21 [Privatschulen und selbständige Lehrer]	
94111	r. 22 Erwachsenenbildung	2028
9 10	schaftliche Erwerbe	2037
§ 15	Vorsteuerabzug	
§ 17	Änderung der Bemessungsgrundlage	
§ 25	Besteuerung von Reiseleistungen	
§ 25f	Versagung des Vorsteuerabzugs und der Steuerbefreiung bei Beteiligung an einer	
3	Steuerhinterziehung	2108
	Weitere Verbrauch- und Verkehrssteuergesetze	
I. I	Energiesteuergesetz (EnergieStG)	2119
	Stromsteuergesetz (StromStG)	
III. I	Besteuerung von Alkohol und alkoholischen Getränken nach dem BierStG,	
5	SchaumwZwStG und AlkStG	2128
IV. T	Tabaksteuergesetz (TabStG)	2133
V. <i>A</i>	Alkopopsteuergesetz (AlkopopStG)	2137
	Kaffeesteuergesetz (KaffeeStG)	
VII.	Örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern	2139

4.	Teil:	Abga	benor	dnung
----	-------	------	-------	-------

Vor AO	Einführung				
§ 42	Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten				
§ 51	Allgemeines				
§ 80 Abs.	.5 aF Bevollmächtigte und Beistände				
§ 90	Mitwirkungspflichten der Beteiligten				
§ 123	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten				
§ 130	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts				
§ 138a	Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen 2183				
§ 138d	Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen 2188				
§ 146	Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen 2197				
§ 160	Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern				
§ 162	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen				
§ 163	Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen				
§§ 169ff.	Festsetzungsverjährung				
Vor §§ 17	72 ff. AO Einführung				
§ 172	Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden				
§ 174	Widerstreitende Steuerfestsetzungen				
§ 175	Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbescheiden				
	und bei rückwirkenden Ereignissen				
Sachver	Deck-shop.de				
	DIE FACHBUCHHANDLUNG				

